

118  
125  
195  
195  
48  
65  
95  
128  
220  
35  
195  
235  
48  
143  
3.90  
68  
2.90  
4.90  
5.50  
2.90  
3.90  
58  
95  
95  
50  
15

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 12

Montag, den 16. Januar 1933

Jahrgang 105

## v. Schleicher plant Kabinettserweiterung Hugenberg, Strasser, Stegerwald werden als neue Minister genannt — Vor einer Aussprache v. Schleicher-Hitler?

Ul. Berlin, 16. Jan. In politischen Kreisen mißt man der Unterredung Hugenberg-Schleicher besondere Bedeutung bei. Obwohl von beiden Seiten Still-schweigen gewahrt wird, kann es als sicher gelten, daß die von Hugenberg geforderte Zusammenfassung der Ministerien der Landwirtschaft und der Wirtschaft in einer Hand nunmehr ernstlich in Angriff genommen wird und daß Hugenberg selbst als Leiter dieses Ministeriums in Aussicht genommen ist, wogegen allerdings Hugenberg darauf hingewiesen haben dürfte, daß die ungehörte Arbeit zur Bewältigung der Krise wenigstens auf ein Jahr garantiert sein müsse. Man scheint sich nun zu überlegen, wie diese Forderung im Zusammenpiel mit dem Reichstag und den Parteien verwirklicht werden kann.

Diese Woche, von der allgemein wichtige Entscheidungen erwartet werden, wird eine Reihe von Verhandlungen der Reichsregierung bringen. Anfang der Woche werden führende Politiker der an der politischen Entwicklung beteiligten Parteien in Berlin anwesend sein. Prälat Kaas, der Führer der Zentrumspartei, dessen Besprechung mit Reichskanzler von Schleicher für heute zu erwarten ist, traf gestern in Berlin ein. In politischen Kreisen nimmt man an, daß Hitler am Dienstag zu einer Besprechung in Berlin zur Verfügung stehen werde. Gregor Strasser wird, wie die „D.N.B.“ meldet, heute in Berlin eintreffen. Das Blatt hält die Situation des Kabinetts Schleicher für die bevorstehenden innerpolitischen Auseinandersetzungen für sehr stark, weist aber darauf hin, daß es nicht an Stimmen fehle, die Zweifel äußerten, ob sich die weitreichenden Pläne des Reichskanzlers in vollem Umfange verwirklichen lassen würden.

Als sicher darf schon heute gelten, daß Reichskanzler von Schleicher gewillt ist, Gregor Strasser als Vizekanzler in das Kabinett zu übernehmen und ihn mit besonderen Aufgaben im Zusammenhang mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung und Siedlung sowie der Jugendberichterstattung zu betrauen. Dagegen ist noch unklar, ob sich der Gedanke, Stegerwald als den Vertreter der christlichen Gewerkschaften ins Kabinett aufzunehmen, verwirklichen läßt. Ueberhaupt spielt bei den schwebenden Plänen der Kabinettsumbildung und der Neuorganisation der Kabinettsaufgaben das Verhältnis zum Parlament bzw. zu den Parteien eine wichtige, wenn nicht ausschlaggebende Rolle.

Wesentlich ist, ob sich im Reichstag eine Mehrheit findet, die das neu zu bildende Kabinett Schleicher toleriert. Würde eine Tolerierung bzw. ein politisches Moratorium für längere Zeit, wenigstens auf ein halbes Jahr, nicht zu erreichen sein, so wären die Auflösungs-

des Reichstages und Neuwahlen nicht zu vermeiden. Neuwahlen aber würden eine erneute Gefahr für die wirtschaftliche Erholung bedeuten, die einer Atmosphäre des Vertrauens und der ruhigen Entwicklung dringend bedarf. Sollten sie dennoch notwendig werden, so würde die Neubildung des Kabinetts in personeller Hinsicht hieron nicht unberührt bleiben.

Zu Pressemeldungen, daß die Ernennung Gregor Strassers zum Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen unmittelbar bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß alle Eventualitäten noch offen stehen und keinerlei Entschliebung gefaßt worden sei. — Die „Deutsche Zeitung“ weiß zu berichten, es sei ein Kabinett in Aussicht genommen, das so aussehe: Schleicher: Kanzler; Hugenberg: Wirtschaft; Strasser: Inneres; Stegerwald: Arbeit; Brüning: Äußeres.

### Eine Warnung des Reichskanzlers

Im Dezember hatte der Reichskanzler, bekanntlich in einer Rundfunkrede, angekündigt, daß er dem Reichspräsidenten die Aufhebung einiger der Freiheiten der Staatsbürger und der Presse einschränkende Verordnungen vorschlagen werde. Zugleich hatte er aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß er für den Fall, daß mit dieser Freiheit Mißbrauch getrieben werde, mit äußerst scharfen Maßnahmen vorgehen werde. Er werde diese sehr ungerne ergreifen und nicht, ohne die Öffentlichkeit zu warnen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, spricht der Reichskanzler nunmehr diese Warnung aus. In den letzten Tagen seien sowohl in der Presse, als auch in Aufrufen von Organisationen Tatsachen zu verzeichnen, die die Ruhe und Ordnung in erheblichem Maße zu stören geeignet seien. Es werde sogar offen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert. Von zuständiger Stelle weist man besonders auf die Erklärung des Pommerischen Landbundes hin, in der die Bauern aufgefordert werden, ihre Scholle bis zum letzten zu verteidigen. Aber auch andere, ähnliche Erklärungen lagen vor. Der Reichskanzler warne daher die Öffentlichkeit, die Freiheiten nicht anzunutzen, im anderen Fall werde er mit Maßnahmen vorgehen, die unter anderem Zeitungen für längere Zeit empfindlich treffen könnten. Was den Aufruf des Pommerischen Landbundes betreffe, so werde geprüft, welche juristischen Maßnahmen gegen die Verbreitung dieses Aufrufes ergriffen werden könnten.

In Ergänzung der Warnung des Reichskanzlers kann mitgeteilt werden, daß sich die eventuell vorgesehene scharfen Maßnahmen der Reichsregierung zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht nur gegen Aufrufe in den Zeitungen richten werden, sondern selbstverständlich auch gegen Terrorakte, die in letzter Zeit überhand genommen haben.

mehr in Frage. Die D.N.B., die bisher drei Sitze inne hatte, wird nur noch einen Vertreter in den neuen Landtag entsenden. Der Stimmenrückgang der Deutschnationalen von 9877 am 6. November auf 5020 am 15. Januar wird in politischen Kreisen in erster Linie auf den Konflikt zwischen Landbund und Schleicher zurückgeführt, also auf die Einwirkung der großen Politik. Die Kommunisten, die am 6. November 14 601 Stimmen erhielten, haben diesmal sehr schlecht abgeschnitten. Sie haben 11 000 Stimmen erhalten. Der Stimmenrückgang wird in erster Linie auf landespolitische Gesichtspunkte zurückgeführt.

Der Berliner „Montag“ weist darauf hin, daß der Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten ziffernmäßig etwa in der Mitte zwischen dem Ergebnis vom 31. Juli 1932 mit 42 280 Stimmen und dem Ergebnis vom 6. November 1932 mit 33 038 Stimmen liege. Die Nationalsozialisten hätten aber mit ihrem Zuwachs gegenüber der Wahl vom 6. November 1932 eine Abnahme der gesamtmarxistischen Stimmen nicht erreichen können. Den allergrößten Teil der von den Sozialdemokraten gewonnenen Stimmen hätten die Kommunisten verloren. Die Zunahme der Nationalsozialisten stamme nach diesem Ergebnis nicht aus dem marxistischen, sondern aus dem bürgerlichen Lager. Für die innerpolitische Lage Lippes liege die Bedeutung darin, daß das sozialdemokratische System gestürzt ist. Für die Reichspolitik werde sich die Folgerung ergeben, daß die NSDAP weniger zu vorläufigen oder gar endgültigen Kompromissen mit dem Reichskabinett geneigt sein werde als man bisher in der Wilhelmstraße angenommen habe.

### Neue Kampfanlage Hitlers

Adolf Hitler sprach am Sonntag auf einer Amtsverwaltungstagung der NSDAP in Weimar. Er sagte, die Wahl in Lippe werde den Herren in Berlin die Hoffnung, daß der Na-

## Tages-Spiegel

Reichskanzler von Schleicher plant eine Erweiterung des Reichskabinetts. Vermutlich werden noch in dieser Woche Entscheidungen in dieser Richtung fallen.

Die NSDAP gewann bei den Wahlen in Lippe 5000, die SPD 4000 Stimmen, Kommunisten und Deutschnationale verloren. Hitler hielt in Weimar eine Rede, in der er der Reichsregierung von neuem den Kampf aufgabte.

Bei der Reichsgründungsfeier des Riffhäuserbundes machte der Reichskanzler bemerkenswerte Ausführungen zur Wehrfrage.

Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen in den deutschen Landkreisen hat die Höhe von 1 Million erreicht. Die finanzielle Jahresbelastung hierfür betrug in 1932 280 Millionen Reichsmark.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat beim Reichspräsidenten Einspruch gegen eine weitere Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft auf Kosten anderer Wirtschaftskreise erhoben.

Am 10. Jahrestage des Raubes des deutschen Memellandes durch Litauen fand in Tilsit eine eindrucksvolle Kundgebung des Memellandbundes statt. Die memelländische Bevölkerung blieb den litauischen Bestrafungen im Memelgebiet fern.

Das französische Kabinett hat als Sparmaßnahme eine vorübergehende 2- bis 10prozentige Gehaltskürzung der Beamten beschlossen.

Nationalsozialismus zum Stillstand gekommen sei, gründlich austreiben. In den nächsten Wochen werde man erleben, daß die Partei zu ihren alten Angriffsmethoden und zur rücksichtslosen Entschlossenheit zurückkehre. Die gegenwärtige Reichsregierung werde ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Auch dieses Kabinett werde vergehen, aber die Bewegung des Nationalsozialismus bleibe bestehen.

Die Reichspressestelle der NSDAP zieht aus dem Wahlergebnis den Schluß: Für saute Kompromisse, die der Stärke und Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung nicht entsprechen, ist nach dieser Wahl für die NSDAP weniger Zeit denn je.

### Der Reichskanzler zur Wehrfrage

— Berlin, 16. Jan. Der Deutsche Reichskriegerbund „Riffhäuser“ veranstaltete zur 62. Wiederkehr des Reichsgründungstages am Sonntag mittag in Anwesenheit seines Ehrenvorsitzenden, des Reichspräsidenten von Hindenburg, im Sportpalast unter starker Beteiligung eine Deutsche Wehrstunde. Nach einer Rede des Ersten Bundespräsidenten General a. D. Horn überbrachte der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister dem Riffhäuserbund, „der wie kein zweiter Bund in Deutschland die echte Kameradschaft auf seine Fahnen geschrieben und zur Richtlinie seines Handelns gemacht hat“, die Größe der deutschen Wehrmacht. Er erinnerte unter anderem an die ausschlaggebende Bedeutung der deutschen Wehrmacht im Werden des deutschen Staates und verwies darauf, wie fränkend und entehrend es deshalb empfunden werden mußte, als man im Versailler Vertrag dem deutschen Volk verbot, Waffen zu tragen. „Gilt doch dem Deutschen seit Urväterzeiten das Recht, eine Waffe zu tragen, als das Zeichen des freien Mannes.“ Heute — und nicht am wenigsten muß dafür dem alten Soldaten gedankt werden — ist die Gleichberechtigung des deutschen Volkes wieder erkämpft und in diesem Zusammenhang muß das Wort des Reichsaußenministers wiederholt werden, daß die Reichsregierung keine Abrüstungskonvention unterschreiben wird, die diesem Grundgesetz nicht Rechnung trägt.

Im übrigen, so fügte der Reichskanzler hinzu, wollen wir nur die gleiche Sicherheit wie jedes andere Land, und ich möchte hier erneut betonen, daß ich die allgemeine Wehrpflicht für ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel halte. Veränderte Zeitverhältnisse werden veränderte Formen bedingen. Ich denke dabei in erster Linie an die Miliz. Wie die äußere Form auch sein mag, so erklärte er weiter, die Wehrmacht wird stets vom Geiste des Gehorsams und der Kameradschaft befeuert sein. Auch zwischen den alten Soldaten und der jungen Wehrmacht bestehen enge kameradschaftliche Verbindungen, die noch fester zu knüpfen bald Mittel und Wege gefunden werden. Darüber hinaus und gerade heute tut echte Kameradschaft mit allen deutschen Volksgenossen not. Leuchtendes Vorbild für den Dienst am Vaterland bleibt uns allen unser hochverdienter Herr Reichspräsident

### Der Wahlausgang in Lippe-Deimold

Ul. Detmold, 16. Jan. Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis wurden von 120 593 Wahlberechtigten 98 451 Stimmen abgegeben. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 81,7 Prozent. Es erhielten:

	Landtag 1933	Reichstag 1932	1933	1929
NSDAP	38 844	33 038	9	1
SPD	29 785	25 782	7	9
KPD	11 026	14 601	2	1
D.N.B.	5 920	9 877	1	3
Evang. Volksdienst	4 510	4 034	1	0
DVP	4 352	3 618	1	3
Nat. Volksp.	2 531	2 479	0	0
Staatspartei	828	538	0	1
Landvolk	700	509	0	1

Damit ist eine Mehrheit von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei (11 von 21 Mandaten) sichergestellt, während jede andere Regierungsbildung ausgeschlossen wurde.

Das markanteste Zeichen des Wahlergebnisses von Lippe ist das weitere Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen, die von rund 33 000 am 6. November auf 38 844 am 15. Januar gestiegen sind. Die Nationalsozialisten werden im neuen Landtag von 21 Sitzen 9 Sitze inne haben, während sie bisher nur durch einen einzigen Abgeordneten vertreten waren, der von der Landvolkpartei übergetreten war. Die Sozialdemokraten, die seit 1919 durch ihren Landespräsidenten Drake ununterbrochen das Land Lippe regiert haben, sind von 9 auf 7 Sitze herabgedrückt worden und da auch die Kommunisten nicht den erwarteten Zuwachs von 1 auf 3, sondern nur auf 2 Mandate erhalten haben, kommt also eine Linkregierung für Lippe nicht

# Bernichtung der Arbeitsplätze durch die Steuerpolitik

## Eine aufschlußreiche Mitteilung des Statistischen Reichsamts — Neue Haushaltsnöte und neue Abgabendrohungen

Normalerweise müßte der Reichstag gegenwärtig in vollen Zügen den Haushaltsvoranschlag der Reichsregierung für 1933 in sich aufnehmen und zu dem wichtigsten Gesetz unseres staatlichen Lebens überhaupt, dem Haushalt, der Ausgaben- und Einnahmehaushalt für das am 1. April beginnende neue Reichswirtschaftsjahr verarbeiten. Aber der Haushalt für das nun bald zum Abschluß gelangende Jahr 1932-33 ging den Reichstagsabgeordneten erst Mitte Dezember zu. Ihre Arbeit daran wäre unnützlichster Verlaß; denn wenn sie sich noch mit den ersten Kapiteln beschäftigten, wären die letzten durch die Zeit selbst schon erledigt. Alle Sorge gilt deshalb dem neuen Haushalt. Er bietet insofern schon kein ungewöhnlich neues Bild, als er wie alle seine Vorgänger seit der Staatsumwälzung mit einem tüchtigen Fehlbetrag zu kämpfen hat, der bei hoffnungsvollster Betrachtung über eine Milliarde Mark hinausgeht. Seine Väter müssen ebenso wie immer auch mit der von ihnen als Regierung selbst herausbeschworbenen Hoffnung der Allgemeinheit rechnen, daß nicht sie, sondern die Verwaltung das Opfer zur Lösung des Fehlbetrages bringt, daß also keine neuen Steuern und Abgaben — der bisherige, gedankenlose Ausweg der hohen Bürokratie — erhoben, sondern die entsprechenden Verwaltungsverbesserungen herbeigeführt werden.

In wieweit unerhörtem, wirtschaftslähmenden und arbeitsplätzezerstörendem Grade die deutsche Steuer- und Abgabepolitik auf uns drückt, erweist eine sehr aufschlußreiche Mitteilung des Statistischen Reichsamts, der berufenen Stelle der Regierung selbst, über Steuerlasten in Deutschland und dem wichtigsten europäischen Wettbewerbsstaat. Dieser Vergleich der internationalen Steuerbelastung erzählt uns, daß die Kapitalbesteuerung vom Gewinn in Deutschland 53,4 v. H. und dazu noch 9,3 v. H. für Sozialbeiträge wegsaugt; in England nur 16,9 plus 3,1 v. H. Vom Gewinn des Arbeitskapitals geben in Deutschland 53,6 v. H. für Steuern plus 33,8 für Sozialbeiträge, also insgesamt fast 93 v. H. an Steuern und Abgaben verloren; in England nur 13,2 plus 13,2, zusammen also 26,4 v. H. Vom Gewinn des Umsatzkapitals gleicht die deutsche Verwaltung 62,9 plus 3,9 v. H. an Sozialbeiträgen, die englische nur 13,9 plus 1,2 v. H. ab. Dabei ist zu beachten, daß die neueste Notverordnungspolitik mit scheinbaren Steuerabföhrchen für Deutschland schon mitberücksichtigt, das heißt, daß der wirkliche Zustand noch katastrophaler ist.

Die deutsche Verwaltung beansprucht drei- bis viermal mehr für Steuern und Abgaben von Wirtschaft und Volk als die englische, die sich in ihrem Heimatlande dennoch schon den schwersten Vorwürfen für ihre unpraktische Verschwendungssucht ausgeliefert sieht. Wir sollen mit England einen erfolgreichen Wettbewerb aufnehmen können, obwohl, abgesehen von der Tributbelastung, unsere Verwaltung ihre Ausgaben gegenüber dem Frieden mehr als verdreifachte, trotzdem wir ärmer geworden sind und trotzdem wir bisher auch noch Tri-

bute aufbringen mußten und obendrein in eine Auslandsverschuldung auch von Amtswegen hineinmanövriert wurden, die uns einen jährlichen Zins tribut von mehr als 1,5 Milliarden auferlegt. Im Jahresabluß des Klöckner-Konzerns heißt es deshalb mit Recht, daß es „ein unmöglicher und nicht zu tragender Zustand“ sei, „wenn die auf Arbeitgebern und Arbeitnehmern etwa je zur Hälfte lastenden Sozialbeiträge und Wohlfahrtsabgaben im Bergbau etwa 30 Prozent der insgesamt verdienten Löhne und Gehälter ausmachen, gegen etwa 10 Prozent im Jahre 1918“. Die Krupp A.-G. weist im letzten Jahresbericht nur 24,18 Millionen gegen 23,67 Millionen Steuern und Sozialbeiträge im Vorjahre auf wegen der Schrumpfung ihres Umsatzes; anteilmäßig stieg aber die öffentliche Belastung selbst im Krisenjahre. Für diesen wahrlich mörderischen Zustand abt die Gutehoffnungshütte A.-G. an, daß sie 1925-26 schon 365 Mark, im Hochkonjunkturjahr 1928-29 sogar 532, im Krisenjahr 1931-32 aber 577 Mark je Arbeitnehmer, einschließlich der Beamten, für Wohlfahrtszwecke jeder Art aufwenden mußte.

Das heißt, daß die öffentliche Hand in Deutschland gerade in der Krisenzeit am rücksichtslosesten zugriff und bei den meisten Unternehmungen nicht nur die Gewinne, sondern auch das Betriebskapital wegnahm, wodurch sie zu einer der schwerwiegendsten Ursachen der Arbeitslosigkeit geworden ist. Alle sogenannten Steuererleichterungen der Notverordnungen waren bisher lediglich größte Täuschungsmanöver. Man denke nur an die Vermehrung der Umsatzsteuern, an die Schlachtsteuern und ähnliche behördliche Aufbringungsmaßnahmen trotz der Krisenzeit. Gestrichen wurde immer nur das, was sowieso nicht mehr da war. Die Vorverlegung der Steuertermine verschärfte noch die verhängnisvolle Zerföhrungswucht der steuerlichen Eingriffe. Sie ist natürlich stärker als alle Kreditausweitungs-, Anlurbelungs- und Arbeitsbeschaffungspläne; denn sie hebt jede verantwortungsbewußte Unternehmung in ausgleichende betriebswirtschaftliche Vorkehrungen, die zahllose Arbeitsplätze verdorren und auf den verbleibenden nur spärliches Grün aufkommen läßt. Löhne und Gehälter, bei denen die erdrückende Mehrzahl der deutschen Arbeitnehmer, die noch das Glück der Beschäftigung genießen, nur unter äußersten Beschränkungen eben das nackte Dasein bestreiten können, hemmen naturgemäß jede wirtschaftliche Entwicklung. Wir sehen jetzt in einem Augenblick des Aufschwungs und damit gleichzeitig vor der Gefahr, daß die Verwaltungskunst, die auf der einen Seite Arbeitsbeschaffungsprogramme produziert, um den Aufstieg zu beschleunigen, ihn auf der Steuerseite abwürgt. Wir können uns in die erwartete Wiederbelebung der Weltwirtschaft nur einschalten, wenn die Kaufkraft steigt, wenn also die Löhne und die zum Weiteraufbau unentbehrlichen Gewinne der Betriebe nicht so restlos wie heute an die Finanzämter abgeliefert werden müssen.

30,6 Millionen Buchungen und von 19,1 Millionen Reichsmark beim Umsatz. — Die öffentlichen Sprechstellen wurden auf rund 81 500 vermehrt. — Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat um eine Viertelmillion zugenommen.

Trotz des Verkehrs- und Einnahmerückganges ist die Reichspost bestrebt gewesen, das Personal soweit irgend angängig durchzuhalten. Beamtennachwuchs konnte nur in bescheidenem Umfang eingestellt werden. Die noch auf das Rechnungsjahr 1932 übergegangenen Mittel aus dem zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1930 sind jetzt vollständig verausgabt. Die Reichspost ist dabei, ein neues zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 60 Millionen Rm. durchzuführen.

### Internationale Sozialversicherungsverträge im Reichsrat

— Berlin, 15. Jan. Der Reichsrat stimmte letzte Woche einigen Gesetzentwürfen über Verträge zu, die Deutschland mit anderen Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat. Angenommen wurde u. a. eine Durchführungsvorordnung zum Gesetz über die Herkunftszugehörigkeit des Hopsens. Danach wird Hopfen, der sich in Händen des Handels oder der Brauindustrie befindet, aber im Inland nicht mehr verwertet werden soll, befristet für die Ausfuhr freigegeben. Diese Frist ist auf bayerischen Antrag auf den 1. August 1934 hinausgeschoben, während die Vorlage die Frist nur bis zum 1. Februar 1934 ausdehnen wollte.

Schließlich hat der Reichsrat noch je fünf Beisitzer und Stellvertreter für die Kammer des Staatsgerichtshofes bestimmt, vor der gegebenenfalls Anklagen gegen Reichspräsidenten, Reichskanzler und Reichsminister durchzuführen sind. Unter den vom Reichsrat benannten Persönlichkeiten befindet sich auch der Heidelberger Staatsrechtler Professor Anshütz.

### Die Deutsche Reichspost im Jahre 1932

Der Verkehrsrückgang zum Stillstand gekommen. — Berlin, 15. Jan. Das Reichspostministerium veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick der Deutschen Reichspost über das Jahr 1932. Die Verkehrsrückgänge sind seit September 1932 meist zum Stillstand gekommen und sogar zum Teil durch mäßige Verkehrszunahmen abgelöst worden. Der Gesamtverkehr blieb aber in der Zeit vom Januar bis November (für Dezember liegen noch keine endgültigen Zahlen vor) gegenüber 1931 erheblich zurück. Der Postauftragverkehr verminderte sich um 26,7 v. H. Die Zahl der Wertbriefe um 20,7 v. H., der Telegramme um 20,3 v. H., der Einschreibsendungen um 16,8 v. H., der Gespräche um 10,4 v. H., der gewöhnlichen Briefsendungen um 6,8 v. H., der Zahlkarten und Postanweisungen um 6,7 v. H. (Vertrag gleich 17,2 v. H.) und der gewöhnlichen Pakete um 5,1 v. H. Die Zahl der Sprechstellen ist um 5,9 v. H. gesunken.

Vom 15. Januar 1933 an wird zunächst versuchsweise für den Massenpaketverkehr zwischen großen Orten eine neue verbilligte Kleinabgabe im Höchstgewicht von 7 Kilo, das „Postgut“, eingeführt. Der Kraftpostreiseverkehr hat sich gegenüber 1931 durch die Abnahme des Berufsverkehrs infolge der allgemeinen Wirtschaftsnöte vermindert. Gegenwärtig werden rund 130 Kraftpostlinien gemeinsam mit der Reichsbahn betrieben. — Das Luftpostnetz umfaßte im Sommer 1932 92 Linien mit einer Ausdehnung von rund 31 000 Kilometer. Im Winter 1932-33 werden 23 Linien besolagen. — Im Postgeschäftwesen ist die Zahl der Konten von 1 012 961 auf 1 021 409 gestiegen. Trotz der Zunahme der Konten ergibt sich ein Rückgang von

### Günstiger Fortgang der Winterhilfe

— Berlin, 15. Jan. Nach Mitteilung der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege, Reichszentrale der Winterhilfe, nimmt die Sammlung für die diesjährige Winterhilfe einen bei der allgemeinen Not über Erwarten günstigen Verlauf. Auf Grund der Frachtfreie sind in der Zeit von Mitte September bis Ende Dezember 1932 über 2,5 Millionen Zentner oder fast 12 600 Waggon Liebesgaben, das heißt weit mehr als doppelt soviel der gleichen Zeit des Vorjahres (5060), von der Reichsbahn frachtfrei befördert worden. Im einzelnen sind in der angegebenen Sammelzeit 812 000 Zentner (512 000 Zentner im Vorjahr) Kartoffeln, 107 000 (65 000) Zentner andere Lebensmittel und 1,5 Millionen (316 000) Zentner Kohlen und Briketts in die einzelnen Gebiete zur Verteilung an die Hilfsbedürftigen befördert worden. Durch die frachtfreie Beförderung der Liebesgaben ist als Beitrag der Reichsbahn von Mitte September bis Ende Dezember 1932 die Summe von 887 000 Rm. zugunsten der Winterhilfe dankbar zu buchen.

### Das unruhige Spanien

— Madrid, 15. Jan. In Südspanien und in der Levante haben die Syndikalfisten an zahlreichen Stellen weiterhin versucht, Terrorakte zu begehen. In mehreren Dörfern verbrannte die Einwohnerschaft die Gemeindearchive und durchschnitt die Telegraphen- und Telefonleitungen. In Murcia wurde ein neuerlicher Ueberfall auf das dortige Pulvermagazin versucht, der abgewiesen werden konnte. In Valencia kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Bombenexplosionen, denen eine Frau zum Opfer fiel. In Malaga versuchten die Syndikalfisten, ein Theater in Brand zu stecken. In einem Dorfe bei Cadix kam es zu Zusammenstößen zwischen Aufwählern und der Polizei, wobei 2 Polizisten und 1 Arbeiter getötet wurden. Auch bei Guenca wurde ein Syndikalfist im Kampfe mit der Polizei erschossen. Bei Salamanca griffen sich zwei Arbeiterbanden an, wobei 15 Verwundete an Place blieben. In Cadix explodierten zwei Bomben in der Tabakfabrik und im Bischofspalais. Das wertvolle Archiv in Sanlucia wurde verbrannt. In Sevilla dauert der Generalfest weiter an.

### Neue Unruhen und Sabotageakte

Wie aus Medina (Sidonia, Provinz Cadix) gemeldet wird, kam es erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei. Es wurde daraufhin eine 500 Mann starke Polizeitruppe zusammengezogen, vor der sich etwa 400 bewaffnete Aufständische ins Berggelände zurückzogen, wo sie Verteidigungsstellungen bezogen. Die Sabotageakte bei den Eisenbahnen dauern an. Wieder sind mehrere Züge entgleist, wobei großer Materialschaden verursacht wurde. Die Gesamtzahl der Bomben, die bei dem Umsturzversuch beschlagnahmt wurden, wird auf 10 000 geschätzt.

### Die Kämpfe im Fernen Osten

— Mukden, 15. Jan. Wie amtlich gemeldet wird, haben mehrere japanische Bomberflugzeuge die chinesischen Stellungen bei Schanhaiwan wieder mit Bomben belegt. Die Verbindung zwischen der chinesischen Front und der Steppe ist vollständig zerstört. Die Kriegshandlungen im Norden des Kampfgebietes mußten infolge außerordentlich starker Fröste eingestellt werden. Um den Besitz des Pafes Tschumentan, etwa 15 Kilometer nördlich von Schanhaiwan, fanden zwischen den vordringenden Japanern und den chinesischen Verteidigern scharfe Kämpfe statt.

### Amerikanischer Protest in Tokio

Der japanische Außenminister Graf Utschida empfing den amerikanischen Botschafter zu einer längeren Unterredung über die politische Lage in Nord-China. Der Botschafter betonte, daß durch die Zusammenstöße zwischen japanischen und chinesischen Truppen in Nord-China die amerikanischen Interessen in erheblichem Maße verletzt worden seien.

### Um die 40-Stundenwoche

— Genf, 13. Jan. Auf der Konferenz für die Einführung der 40-Stundenwoche vertrat der Reichstagsabgeordnete Spiliedt den Standpunkt der deutschen Arbeiterchaft. Er trat nachdrücklich für eine Kürzung der Arbeitszeit als eine geeignete Maßnahme zur Vinderung der Arbeitslosigkeit ein. Spiliedt sagte, daß die gegenwärtig außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit zu einem wesentlichen Teil auf die auch in der gegenwärtigen Krise weiter fortgesetzte Modernisierung und Rationalisierung der Wirtschaft zurückzuführen sei. Selbst im Falle einer Gesundung der Wirtschaft werde es nicht möglich sein, das gewaltige Heer der Arbeitslosen wieder in die Wirtschaft einzugliedern. Aus

diesem Grunde sei daher eine gesetzlich festgelegte Kürzung der Arbeitszeit für sämtliche Industriezweige unerläßlich, um damit für einen großen Teil der Arbeitslosen neue Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen. Nach deutschen Berechnungen würde die Einführung der 40-Stundenwoche 900 000 Arbeitern Beschäftigung bringen. Selbst wenn die Kürzung der Arbeitszeit zu einer Verteuerung der Produktion führen sollte, müßte sie doch angesichts der großen Gefahr der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. Jedoch dürfe die Kürzung der Arbeitszeit nicht eine Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterchaft zur Folge haben.



Unser Bild zeigt die Eröffnungssitzung der Konferenz über die Einführung der 40-Stundenwoche. Unten rechts der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Sie-

ler, der sich für den Gedanken der 40-Stundenwoche sehr stark einsetzte.

# Aus Württemberg

Bericht die württ. Nothilfe nicht!

Die der Zentralleitung für Wohltätigkeit zugegangenen Berichte zeigen, daß auch in diesem Winter überall ein starker Helferwille in unserem württembergischen Volke sich gezeigt hat, daß aber die Eingänge an Geldspenden gegenüber dem vorigen Winter nicht unerheblich nachgelassen haben. Dies ist wohl in der Hauptsache auf das Anwachsen der wirtschaftlichen Not und die Verarmung weiterer Gebirgskreise zurückzuführen. Mancher, der im Vorjahr noch geben konnte, ist inzwischen selbst in Schwierigkeiten geraten. Da und dort hätte vielleicht auch mehr getan werden können. Andererseits sind die Anforderungen an die Winterhilfe nicht kleiner geworden, im Gegenteil noch gewachsen. Auch in Württemberg hat die Not zugenommen, sowohl in den größeren Städten wie auf dem Lande. Schlimm daran sind besonders die Arbeiterwohngegenden mit ihren zahlreichen Wohlfahrtsvereinslojen. Die in der Öffentlichkeit viel erörterte Winterhilfe des Reichs, die vor allem in Frischfleisch- und Hausbrandverbilligung besteht, macht die Winterhilfe der freien Wohlfahrtspflege keineswegs überflüssig. Es sind von ihr noch viele Nöte zu lindern. Die Württ. Nothilfe ist, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll, auch weiterhin auf kräftige Unterstützung angewiesen.

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit bittet daher, ihr selbst oder den Bezirkswohltätigkeitsvereinen und den anderen an der Nothilfe beteiligten Organisationen weitere Spenden an Geld und Naturalien zukommen zu lassen. Jeder prüfe sich ernsthaft, ob er nicht noch mehr für seine bedrängten Mitmenschen tun kann. Der Winter ist noch nicht vorüber. Wir müssen weiter helfen.

## Eine Rede von Wirtschaftsminister Dr. Maier

Auf der 72. Hauptversammlung des Gewerbe- und Handelsvereins Cannstatt hielt Wirtschaftsminister Dr. Maier einen Vortrag über Gegenwart und Zukunft der württembergischen Wirtschaft. Er sprach zunächst über die Ursachen der Wirtschaftskrise und betonte dann, daß die Verhältnisse in Württemberg immer noch besser seien als im Reich. Aber nach wie vor gehen monatlich 2 Millionen Reichsmark aus Württemberg an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, ein auf die Dauer gefährlicher Aderlaß, der bisher nur ertragen werden konnte dadurch, daß die württembergische Wirtschaft glücklich ausgegabt ist, indem sich Landwirtschaft und Industrie die Waage halten, und indem die Klein- und Mittelstandsbetriebe, die krisenfechter sind als die Großbetriebe, überwiegen. Die kleineren Betriebe schaffen auch sozial viel günstigere Verhältnisse. Es kommt vor allem darauf an, den Mittelstand zu erhalten und zu fördern, deshalb haben wir uns auch entschieden gegen das Ueberhandnehmen der Warenhäuser eingesetzt und Maßnahmen gegen die Einheitspreisgeschäfte, gegen Wanderlager und Wandergewerbe gefordert.

## Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember.

Die Zunahme der Arbeitsmarktbelastung, die in der zweiten Dezemberhälfte immer einzutreten pflegt, war in diesem Jahr ganz erheblich geringer als in früheren Jahren. Ende Dezember waren bei den Arbeitsämtern um 12 912 arbeitssuchende Personen mehr gemeldet als 14 Tage vorher in der Mitte des Monats. Im Jahre 1931 hatte die Zunahme in der zweiten Dezemberhälfte 23 625 Arbeitssuchende betragen, im Jahre 1930 war eine Vermehrung um 24 498 Personen eingetreten. Dank der beachtlichen Festigkeit, die der Arbeitsmarkt in den Monaten Oktober bis November vorigen Jahres behauptet hat, lag zum Jahresende die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden nunmehr ganz unbedeutend über der Zahl des Jahres 1931. Die Zahl der Arbeitslosen war zu Neujahr 1933 um 9578 Personen niedriger als Neujahr 1932. Niedrigere Arbeitslosenzahlen hatte vor allem das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden und die Tabakindustrie, und auch in der Textilindustrie lag die Zahl unter dem Stande des Vorjahres. Zu den Berufsgruppen, die eine stärkere Arbeitslosigkeit aufwiesen als im Vorjahre gehören die Holzindustrie, das Verkehrsgewerbe, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, die hauswirtschaftlichen Berufe und die Angestelltenberufe. In den übrigen Berufsgruppen waren die Unterschiede gegen das Vorjahr nicht von Bedeutung. Der Gesamtbestand an Arbeitssuchenden betrug am 31. Dezember 313 538 Personen; davon entfielen 132 590 auf Württemberg und 200 948 auf Baden. Von den Arbeitssuchenden waren 291 403 als arbeitslos anzusehen, und zwar 119 058 in Württemberg und 172 345 in Baden. Die Entwicklung der Unterstützungsstellen in der zweiten Dezemberhälfte ergab in der Arbeitslosenversicherung eine Zunahme um 6429 und in der Krisenfürsorge um 6707 Hauptunterstützungsempfänger. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 31. Dezember 1932 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 46 503 Personen (38 288 Männer, 8215 Frauen), in der Krisenfürsorge 71 879 Personen (58 874 Männer, 13 005 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 13 136 oder um 10,5 Prozent, nämlich von 105 246 Personen (85 011 Männer, 20 235 Frauen) auf 118 382 Personen (97 102 Männer, 21 280 Frauen) gestiegen; davon kamen auf Württemberg 53 553 gegen 47 049, auf Baden 64 829 gegen 58 197 am 15. Dezember 1932. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Dezember 1932 auf 1000 Einwohner 23,5 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Dazu kamen auf 1000 Einwohner noch 17,1 Wohlfahrtsvereinsloje; nach dem vorläufigen Ergebnis der Zählung vom 31. Dezember 1932 waren 86 252 Arbeitslose aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 16. Januar 1933.

Winterkälte ist eingebrochen.

Rechtzeitig gegen Monatsmitte hat scharfe Winterkälte eingesetzt. Die Erde ist hart gefroren, und selbst die Ragold be-

ginnt eine Eiskruste zu bilden, während die kleineren Wasserläufe und Weiher schon seit Tagen eine Eisdecke tragen. Die Jugend huldigt eifrig dem Eislauf, und über kurz oder lang wird nun wohl auch der von Landwirten und Wintersportlern gleichermaßen ersehnte Schnee die Erde decken.

## Freiwilliger Arbeitsdienst am Monbach

Unmittelbar vor dem Weihnachtsfest gelang es, die Sperrmauer im Monbach zu schließen und in dieser Woche konnte der letzte Stein in die Böschungspflasterungen des Abflusses eingeseht werden. Damit ist der obere Bauteil mit Sperrmauer und Damm fertig geworden. Wegen der täglichen Frostgefahr mußte sehr energisch gearbeitet werden. Es galt, auf dem badischen Ufer die ziemlich hohe Böschung zur Gewinnung eines Abfluß-Bedens um mehrere Meter zurückzuverlegen, die Bedensohle terrassenförmig und die Böschungen bis zur Oberkante auszuklastern. Zur Befestigung der Steine, die ein neues Sturzwasser nicht wieder wegreißen darf, mußten längs und quer starke Beton-schwellen eingelegt werden. Das Ganze aber paßt sich harmonisch in das Naturbild ein, da der Notandstein den Ton gibt. Die Forellen als geborene Wassersportler suchen mit lustigem Hochsprung ihren Aufwärtsweg durch die drei Fischlöcher hindurch, durch die sich das Monbachwasser hindurchzwängt. Was vorerst die Romantik der Technik noch hat opfern müssen, wird durch den Forstmeister und die Natur bald wieder geschaffen sein. Nun gilt es, den unteren Bauteil zu vollenden, auf dem die ganze Mannschaft des F.A.D. eingesetzt wird. In 80 Meter Länge ist das Wiesengelände durchschnitten, um dem Monbach ein neues Bett zu schaffen. Rolkarren befördern die Erdmassen und Stetue aufwärts und abwärts, je nach dem, wo Ueberfluß oder Mangel ist. Ein Eisen-Rulkar mit 20 PS. hat zwei Berge von Steinen zermalmt, jetzt stampft die Betonmischmaschine ihr monotones Lied zur Pflasterung des Materials für die Beton-schwellen, die dem Böschungspflaster einen Halt geben sollen. Wenn man sich auch gern einen Winter mit Eis und Schnee wünscht, auch in diesen Tagen die kalten Finger und das kalte Wasser sehr spürt, so sind die Leute vom Arbeitsdienst doch froh darüber, daß sie noch arbeiten können und nicht zu unfreiwilligem Urlaub in die Heimat fahren müssen.

Stammheim, 15. Jan. Letzte Woche hielt Pfarrer Brecht von Ragold im hiesigen vollbesetzten Gemeindefaal einen Vortrag über „Gottes Ruf an unsere Zeit und Kampf zwischen Glaube und Unglaube“. Der Grundton seines Vortrags war abgestimmt auf die 3 Sätze: Wir haben keinen Grund zur falschen Sicherheit, aber auch nicht zu Unverzagtigkeit, dagegen allen Grund zur christlichen Wehr. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, jeder in seiner Art mitzubekämpfen, die Gottlosenbewegung — namentlich bei der Jugend — zu bekämpfen, wieder Bibelkreise zu werden und der Kirche Treue zu halten.

Alfstadt, 15. Jan. Mit dem Abbruch unserer alten Dorfkirche ist begonnen worden. Maurermeister Böß hat sie auf Abbruch erworben. Bald wird das alte Bauwerk aus der Dorfmitte verschwunden sein. Bei den begonnenen Abräumarbeiten sind unter der Längs altertümliche Malereien zum Vorschein gekommen.

Altensteig, 15. Jan. Letzte Woche verunglückte Landwirt Landherr aus Zumweiler beim Holzabfahren aus dem Nonnenwald in der Nähe der Stadt. Beim Anrücken der Stämme erschürten die Pferde und sprangen zur Seite, wodurch Landherr fürzte und eines der Pferde auf ihn trat, so daß er am Kopf, besonders an der Nase, schwere Verletzungen davontrug. Außerdem scheint der Verunglückte auch innere Verletzungen zu haben.

CEW Freudenstadt, 15. Jan. Der Allgem. Deutsche Automobilklub hat zu den Stimmereischaften des D.S.B. im Schwarzwald für seine Mitglieder und die Kraftfahrer eine große Winter-Sternfahrt nach Freudenstadt ausgeschrieben. — In Glatzen waren die beiden Söhne des Sägereibesetzers Fr. Schilling mit Holzabladen beschäftigt. Dabei rutschte der 27jährige Sohn Hermann aus, ein Stamm fiel ihm auf den Kopf, wodurch er einen fünfsachen Schädelbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

CEW Schramberg, 15. Jan. Infolge der wieder verschärft durchgeführten antijapanischen Boykottbewegung in China ist der chinesische Bezug billiger japanischer Uhren, mit denen in letzter Zeit der chinesische Markt überschwemmt wurde, eingestellt worden. China ist nun wieder befreit, seinen Bedarf an Uhren in Europa zu decken. Wie wir hören, haben Verhandlungen mit der Schwarzwälder Uhrenindustrie zu bemerkenswerten Lieferungsablässen geführt.

CEW Stuttgart, 15. Jan. Heute nachmittag veranstaltete die Eiserner Front eine politische Demonstration mit einem Marsch durch zahlreiche Straßen der Stadt. Viele Tausende bewegten sich in dem aus Männern und Frauen bestehenden, von vielen Fahnen und zahlreichen Musikkapellen begleiteten nichtendwollenden Zuge, der sich schließlich auf dem Marktplatz sammelte. Die Demonstration vollzog sich in voller Ordnung.

CEW Stuttgart, 15. Jan. Wie das „Deutsche Volksblatt“ hört, wird der württ. Landtag erst am 31. Januar seine Sitzungen wieder aufnehmen. Die Tagung soll nur von kurzer Dauer sein.

CEW Heilbronn, 15. Jan. Die Heilbronner Glasarbeiter, die 40 Mann hoch einen „Hungermarsch“ antraten, der bis nach Hannover führen sollte, um dort den Hauptverband der Fabrikarbeiter zur Zahlung der Ausperrungs-Unterstützungen zu zwingen, sind nicht weit über Mannheim hinausgekommen. An der Bergstraße wurde der Marsch, der von den Kommunisten veranlaßt worden war, abgebrochen. Die Heilbronner Zastelle, mit der man sich nun auseinandergesetzt hat, ließ die Arbeiter mit einem Lastwagen abholen und brachte sie wieder heim zu ihren Familien.

wp. Gundershofen O.A. Münsingen, 15. Jan. Ein Großfeuer, wie es Gundershofen noch nie erlebt hat, ist vergangene Nacht im Stadel des Landwirts Paul Gaus, vermutlich in-

folge Kurzschlusses, entstanden. Das neuerbaute Doppelwohnhaus mit Scheuer, Stallung, Stadel und Umbau ist in kürzester Zeit vollständig niedergebrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

wp. Ulm, 15. Jan. Im Preshwerk der Wielandwerke AG. Ulm im benachbarten Böhlingen ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Eine für die Herstellung von Rohrblech unter starkem Druck in eine Presse eingeführte Matrize zerbrach plötzlich und die Metallstücke zerrissen dem 32 Jahre alten, verheirateten Arbeiter Stefan Schmid aus Böhlingen den Brustkorb, so daß der Tod augenblicklich eintrat. Ein zweiter Arbeiter erlitt eine nicht unerhebliche Armverletzung.

## Turnen und Sport

Fußball-Ergebnisse vom Sonntag

Um die süddeutsche Meisterschaft:

- Stuttgarter Kickers — Eintracht Frankfurt 3:2.
- F.S.V. Frankfurt — Union Bödingen 5:1.
- Bormatia Worms — Phoenix Karlsruhe 2:1.
- Karlsruher F.V. — F.S.V. Mainz 3:2.
- F.C. Nürnberg — Waldhof Mannheim 3:1.
- 1860 München — Sp.Bag. Fürth 0:0 (abgebr.).
- Firmasens — Kaiserlautern 3:3.
- Phoenix Ludwigshafen — Bayern München 1:0.

Um den südd. Verbands Pokal:

- F.C. Mühlburg — F.C. Birkenfeld 4:5.
- Sp.Bag. Schramberg — Stuttgarter Sportklub 1:1.
- F.C. Freiburg — VfB. Stuttgart 1:4.
- Sp.B. Feuerbach — VfB. Karlsruhe 5:0.
- Franconia Karlsruhe — Germania Böhlingen 0:0.

Privatspiele:

- Phoenix Karlsruhe — WAC. Wien 0:6.
- F.C. Pforzheim — WAC. Wien 0:4.

## Turner-Fußball.

Entscheidungsspiel in Ragold T.V. Calw I — T.V. Ebbesen 17:1 (5:1).

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

CE. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 14. Januar

Tafeläpfel 14—22; Kochäpfel 10—13; Tafelbirnen 18—30; Kochbirnen 12—18; Walnüsse 25—30; Kartoffeln 2,5—3,0; Endivienalat 5—10; Wirsing (Röhrlkraut) 5; Filderkraut 3 bis 4; Weißkraut, rund 3—4; Rotkraut 4—5; Blumenkohl 20 bis 40; Rosenkohl 10—18; dto. 1/2 Kilogramm 15—20; Grünkohl 8—10; Rote Rüben 5—6; gelbe Rüben 4—5; Karotten, runde 1 Bund 15—20; Zwiebel 1/2 Kilogramm 5—7; Gurken, große 1 St. 3—8; Rettiche 10—12; Sellerie 6—18; Tomaten 20—40; Schwarzwurzeln 20—30; Spinat 18—22; Kopfkohlraben 4—6.

## Vom Calwer Wochenmarkt

Infolge der eingetretenen Kälte war der Samstagmarkt von Verkäufern und Käufern schwach besucht. Von den Gärtnereien hatten nur noch 2 den Markt beschildet. Die Zufuhr von Gemüse war deshalb mäßig, genügte aber vollständig für den Bedarf. Von auswärtig wurde ebenfalls Gemüse und besonders Rosenkohl selbgeboten. Vor Eintritt des Frühlings wird im Gemüsemarkt keine große Aenderung mehr eintreten. Der Butter-, Eier und Obstmarkt war für die jetzige Zeit befriedigend. Bei dem Preis von Landbutter war ein Preisabschlag ersichtlich, da das Pfund nur 1,10 RM. kostete. Bei Wolferbutter ist der Preis mit 1,40 RM. gleich geblieben, dagegen wird in den Läden für Tafelbutter ein billigerer Preis angeleht; im Laden ist Tafelbutter schon zu 1,28 RM. zu haben. An Eiern fehlte es nicht, sie waren je nach Güte zu verchiedenen Preisen zu haben; für Landeier wurden 10 bis 11 Pfg. verlangt. Die Zufuhr an Obst hält immer noch an. Im allgemeinen waren schöne, wie frisch aussehende Äpfel aufgestellt, das Pfund zu 14—16 Pfg. Birnen waren nicht selbgeboten. Es werden bei uns auch wenige noch auf Lager sein. Landeier und Obst konnten nicht abgesetzt werden, die meiste Ware mußte verhaufert werden. Der Verlauf des Marktes war sehr ruhig.

## Rindviehpreise

Altdorf, O.A. Böhlingen: Ochsen 420, Kalbinnen 120—210, Kleinvieh 90—120 Mk. — Schwend: Stiere 140—220, Kühe 80—360, Kalbinnen 200—350, Jungvieh 70—160 Mk.

## Schweinepreise

Bernhausen: Käufer 25—35, Milchschweine 8—12 Mk. — Blaufen: Milchschweine 9—16 Mk. — Gaisdorf: Milchschweine 9—14 Mk. — Gerabronn: Milchschweine 12—16 Mk. — Grobbottwar: Milchschweine 12—14 Mk. — Munderkingen: Mutterchweine 100—120, Milchschweine 15—20 Mk. — Rosenfeld: Milchschweine 10—15 Mk.

## Holzverkäufe

Bei den Holzverkäufen aus württembergischen Staatswaldungen wurden in der ersten Hälfte des Monats Januar folgende Erlöse erzielt: Nadelstammholz im Schwarzwald Fichten und Tannen 37—50, Forchen und Lärchen 45—58 Prozent der Landesgrundpreise, im Unterland Fichten und Tannen 42—55, Forchen und Lärchen 45—60, im Nordostland Fichten und Tannen 42—45, Forchen und Lärchen 50 bis 62, auf der Schwäb. Alb Fichten und Tannen 42—45, in Oberschwaben Fichten und Tannen 40—43, Forchen und Lärchen 45—49 Prozent der Landesgrundpreise. Für Laubstammholz wurden Erlöse 72—84 Prozent der Landesgrundpreise, für Nadelholzstangen 60—97 Prozent. An Brennholz wurden verkauft: Laubholz 23 312 Mk., Nadelholz 8447 Reichsmark, bei einem Durchschnittserlös von 91 Prozent gegen 95 Prozent in der gleichen Zeit des Vormonats und 89 Prozent in der zweiten Hälfte des Monats Dezember vorigen Jahres.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

## Amtl. Bekanntmachungen

Für die Erweiterung des Ortsfernrednetzes Neuweiler sind die Kabellegungsarbeiten auf Grund der Verbindungsordnung für Bauleistungen Din 1960 zu vergeben. Die Unterlagen liegen von Montag, den 16. Januar 33 bis Samstag, den 21. Januar 33, mittags 12 Uhr in den üblichen Dienststunden beim Telegraphenbauamt Tübingen, Bahnhofstraße 2 b und beim Postamt Teinach zur Einsichtnahme auf und werden dort jeweils unentgeltlich abgegeben. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf die Kabellegungsarbeiten für die Erweiterung des Ortsfernrednetzes Neuweiler“ spätestens bis zum Montag, den 23. 1. 33, vormittags 11 Uhr beim Telegraphenbauamt Tübingen, Bahnhofstraße 2 b einzureichen. Der anschließend stattfindenden Angebotsöffnung können die Bewerber beiwohnen. Verspätet eingehende und unvollständige Angebote finden grundsätzlich keine Berücksichtigung. Dem Angebot ist der Nachweis über die Mitgliedschaft bei einer Berufsgenossenschaft sowie bei einer Haftpflichtversicherung beizufügen.

Tübingen, den 14. Januar 1933.

Telegraphenbauamt.

Calw, den 16. Januar 1933.

Statt Karten.



Allen Teilnehmenden, welche beim Hinscheiden meiner lieben Tante

**Frau Regine Walz**

Liebe erwiesen haben, auch mit Kranzspenden ihrer gedachten, sowie Herrn Stadtpfarrer für seine Trost Worte, sei herzlich Dank gesagt.

Maria Trittler

### Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

### Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Ab heute gewähre ich auf meine gesamten Bestände in Damenkonfektion:

**Damen- und Backfischmäntel, Frauen-, Mädchen- und Kinderkleider**  
**20% Rabatt 20%**

**Friedrich Daur**

am Marktplatz

Unverbindliche Besichtigung erbeten

## Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Unterreichenbach belehnten, im Grundbuch von Unterreichenbach, Heft 178, Abteilung I Nr. 1 und 2, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des

**Freiz Unrath, Friseurs in Unterreichenbach,** und seiner Ehefrau Emilie, geb. Diez daselbst, je zur Hälfte eingetragenen Grundstücke:

Geb. Nr. 127, 1 a 84 qm, Wohnhaus mit Veranda und Hofraum an der Wilhelmstraße	12500 RM.
Parz. Nr. 8/1 — a 66 qm, Gemüsegarten daselbst hinter dem Haus	500 RM.
	13000 RM.

am Dienstag, den 24. Januar 1933 vormittags 10 Uhr

auf dem Rathause in Unterreichenbach versteigert werden. Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

Bad Liebenzell, den 5. November 1932.

Kommissär Raß.

Auf 1. Febr. oder 1. März ist eine schöne

**3-Zimmer-Wohnung**

billig zu vermieten.

Altburgerstraße 6.

**Alle Strümpfe**

werden von Strumpfklinik sachgemäß haltbar u. billig angefertigt, angefohlt sowie Fallmachern aufgenommen. Vorzüge nicht abzählen!

**Eise Eberhard Hengstetter Gäßle 14**

**Brennessel- und Birkenhaarwasser**

für Haare und Haarboden Glasje Nr. 1.35 bei K. Otto Vinçon, Calw

6 Pf.

kostet ein Löffel Lebenskraft

**SCOTT'S EMULSION**

Bald werden die Muskeln fester, das Aussehen gesund, die Augen strahlend.

Scott wird seit 30 Jahren in Deutschland hergestellt und beweisen tausende Alteste die gute Wirkung.

In allen Apotheken und Drogerien a 1.75 M zu haben, doch ORIGINAL Scott nehme man nur

Depot: Alte Apotheke, Reichmann

**Frauen und Männer! Besucht den allseitig gerühmten chinesischen Missionsfilm „Nulan, des Wahrjägers Tochter“.**

Der Film kommt zunächst noch an folgende Orte: No. 16. Unterreichenbach Do. 19. Altburg Di. 17. Bad Liebenzell Fr. 20. Würzburg Mi. 13. Hirsau Sa. 21. Agendach

Opfer für die Basler Mission erbeten.

Morgen Dienstag nachmittags 1 Uhr, verkauft schöne

**Ihre Möbel lächeln**

genutzt mit Dr. Erle's Möbelpolitur „Wunderschön“ Flasche 1 — Ritter-Dorie Carl Berr s. Jorff.

**Milchschweine**

Adam Rometsch, Neubulach.

## Georgenäum Calw

Das Lesezimmer der Bücherei ist geöffnet im Sommer von 8—12 Uhr und von 2—8 Uhr, im Winter von 9—12 Uhr und von 2—9 Uhr, (Sonntags von 2—7 Uhr, an den Feiertagen geschlossen). Die Bücherei umfaßt belehrende und unterhaltende Schriften; auch einige Zeitschriften liegen auf. Die Bücherei ist jedermann unentgeltlich zugänglich; ganz besonders wird die reifere Jugend zum Besuch eingeladen. Ein Verzeichnis der Neuanschaffungen der letzten Jahre ist im Lesezimmer angehängt.

Der Georgenäumsrat.

# Nur durch die Zeitungsanzeige zum geschäftlichen Erfolg!

The collage features several distinct advertisements:
 

- Sonderangebot in Pelzen:** A large ad for fur goods with a 10% discount.
- Die Elektrizität im Haushalt:** An advertisement for household electricity services.
- 10 Tage Sonder-Angebot:** A time-limited offer for clothing or accessories.
- Columbus:** An advertisement for Columbus brand products.
- Thomasbräu:** An advertisement for beer.
- Tea:** An advertisement for tea products.
- Other smaller ads:** Various notices and small business advertisements.

Niemand kann in den heutigen wechselvollen Zeitläuften auf die ständige und rasche Information durch die Tageszeitung verzichten. Dieser Information des Publikums dient auch der Anzeigenteil der Zeitung. Text und Anzeigen bilden eine untrennbare Einheit. Auch die Anzeigen sind Lesestoff! Tausende von Menschen teilen täglich durch die Zeitung anderen Tausenden von Menschen mit, was sie der Benachrichtigung für wert halten. So bildet der Anzeigenteil eine hochinteressante und wertvolle Nachrichtenquelle für jeden Leser, durch die er sich vor jedem beabsichtigten Kauf, überhaupt bei jedem Unterfangen gründlich beraten läßt. Darin eben liegt das Erfolgsgeheimnis der Zeitungsreklame: daß nicht die Anzeige auf das Publikum, sondern das Publikum täglich auf die Anzeigen wartet. Der denkende Kaufmann wird diese Tatsache aufmerksam beachten und die richtige Schlußfolgerung daraus ziehen, daß von jeglicher Reklame die Zeitungsanzeige ihm weitaus die größten Vorteile verschafft.